

MACHTSTRUKTUREN UND EINFLUSSMUSTER IN INDISCHEN MUNICIPAL CORPORATIONS

Jürgen Rüländ

Die rapide zunehmende Urbanisierung stellt heute eines der wesentlichen Probleme in Entwicklungsländern dar. Das Städtewachstum, primär durch eine Land-Stadt-Migration bedingt, hat in vielen dieser Länder immense Ausmaße erreicht. Es übertrifft die durchschnittlichen Zuwachsraten der Landesbevölkerung vielfach um das Vier- bis Fünffache.

Mit dem unkontrollierten Städtewachstum geht eine Unzahl wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme einher, für deren Lösung die Kommunen in der Regel weder materiell noch politisch-administrativ adäquat ausgestattet sind. Den vielfältigen Herausforderungen dieser unkontrollierten Verstärkerung soll in Indien durch ein administratives Instrumentarium begegnet werden, das sich von den demokratischen Strukturen des angelsächsischen "Municipal Government System" ableitet.

Angesichts der sich für die große Masse der städtischen Bevölkerung eher verschlechternden Lebenssituation stellt sich verstärkt die Frage, ob der vom indischen Selbstverständnis formal postulierte demokratisch-egalitäre Entwicklungsweg der Kommunen in der Realität nicht durch gruppenspezifische Interessen elitärer gesellschaftlicher Minderheiten und informelle Einflußkanäle überlagert wird. Eine egalitären Zielen verpflichtete städtische Entwicklungsplanung kann nur dann erfolgreich sein, wenn man die Machtstrukturen einer Municipal Corporation¹ kennt, und somit Ansatzpunkte finden kann, diesem gesamtgesellschaftlichen Ziel entgegenwirkende elitäre Partikularinteressen auszuschalten.

Schließlich ist die Untersuchung städtischer Machtstrukturen in Entwicklungsländern deshalb wichtig, um die unreflektierte Übertragung der Ergebnisse westlicher Community Power-Forschung auf einen kulturell, historisch und sozio-ökonomisch völlig verschiedenen Typus von Stadt zu vermeiden. Damit würden durch eine politologische Analyse Lösungen der urbanen Probleme präjudiziert, die der politischen Kultur und der sozio-ökonomischen Struktur der Städte in Entwicklungsländern in keiner Weise entsprechen.

Eine Auseinandersetzung mit den Machtstrukturen und Einflußmustern indischer Städte muß sich sowohl mit "formalen" wie mit "informellen" Strukturen befassen, wobei die Begriffe "formal" und "informell" in den nachstehenden Ausführungen im Sinne der folgenden Definitionen gebraucht werden.

Unter "formalen" Machtstrukturen verstehe ich das durch die Municipal Government Acts festgelegte Kompetenzgefüge der urbanen politischen Akteure. Als "informelle" Machtstrukturen werden diejenigen Einflußmuster aufgefaßt, die außerhalb der vom indischen Local Self-Government System intendierten demokratischen und institutionellen Kanälen zum Wirken kommen, die intransparent und schwer kontrollierbar ablaufen.

Diese Arbeit verzichtet bewußt auf eine ausführliche Deskription der formalen Kompetenzen der städtischen politischen Akteure, da dieser Bereich indischer Stadtpolitik in der einschlägigen Literatur bereits sehr ausführlich behandelt wurde².

Das Fazit der Fachliteratur aufgreifend, muß in der indischen Stadtpolitik von statutorisch fixierten Machtstrukturen ausgegangen werden, die die eigentlichen politikmachenden Gremien und Positionen des Municipal Government zugunsten der Stadtverwaltung und der Lokalpolitik übergeordneter politischer Ebenen relativ machtlos erscheinen lassen. Dieser Tatbestand läßt die Frage auftauchen, ob es nicht außerhalb der institutionellen Ordnung Kanäle gibt, durch welche die legislativen Gremien diese Institutionen unterlaufen oder umgehen können. Erst in jüngerer Zeit beschäftigte sich die Literatur mit informellen Einflußmöglichkeiten städtischer politischer Akteure. Meist handelt es sich dabei um Studien, die jeweils nur einen Teilbereich des informellen Strukturmodells der Macht analysierten. Daher soll im folgenden eine Gesamtschau des bisher erreichten Forschungsstandes versucht werden.

Die politischen Institutionen der Municipal Corporations

Die Verfassung der Municipal Corporation wird in jedem Bundesland durch einen Municipal Government Act - ausgearbeitet unter der Federführung des Department of Local Self-Government (Urban) - geregelt, deren Grundzüge im folgenden am Beispiel der KAVAL-Corporations³ in Uttar Pradesh dargestellt werden sollen.

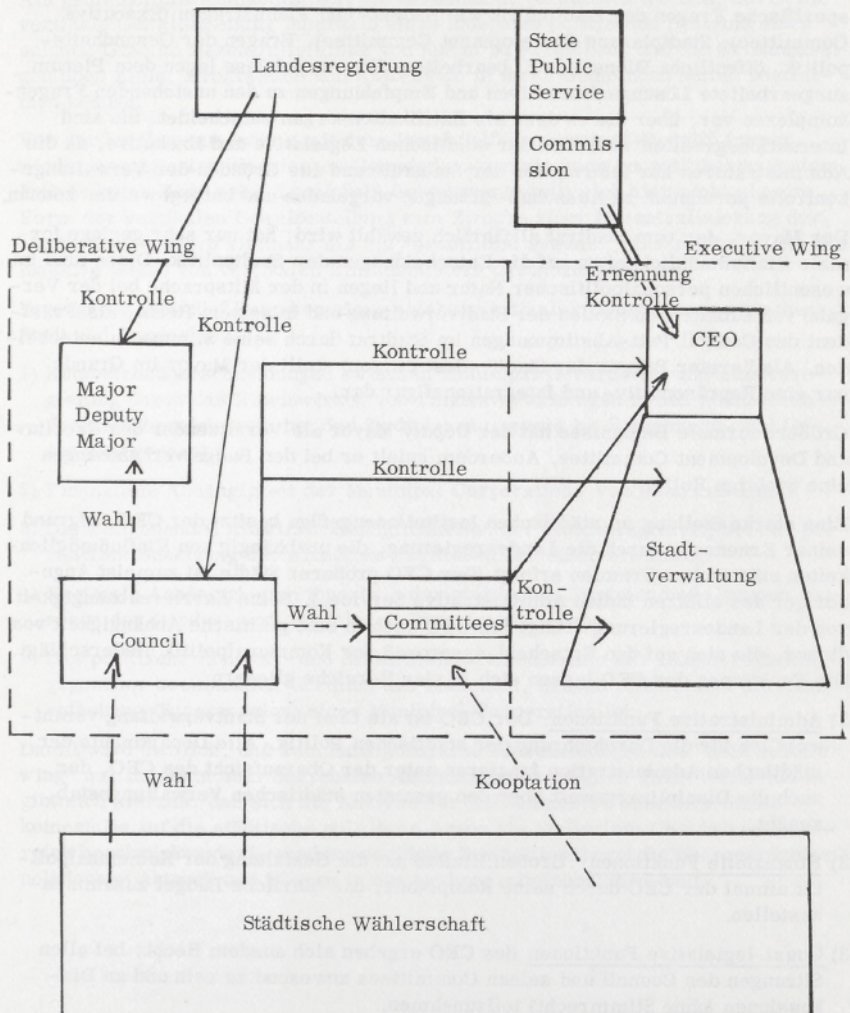
Die Aufgaben der Municipal Corporations umfassen "obligatory duties" und "discretionary duties". Obligatorisch müssen vom Municipal Government Aufgaben wahrgenommen werden, die den Bau und die Instandhaltung von infrastrukturellen Einrichtungen umfassen. Primär ist dies der Fall im Verkehrs- und Transportwesen, im Gesundheitswesen, in der Wasserversorgung, Primärerziehung sowie in der Abfall- und Abwasserbeseitigung. Freiwillige Aufgaben betreffen die Stadtplanung und Lizenzvergaben im Bereich von Handel und Gewerbe⁴.

Das entscheidende institutionelle Strukturmerkmal der Municipal Corporations ist ein Gewaltenteilungssystem, das die legislativen Funktionen einem beratenden Flügel (deliberative wing) und die Implementation der städtischen Politik einem exekutiven Flügel (executive wing) überträgt. Dabei besteht zwischen städtischer Exekutive und Legislative ein Inkompatibilitätsgebot.

Der beratende Flügel besteht aus dem gewählten Stadtrat (Council), den Ausschüssen (Committees), dem Stellvertretenden Bürgermeister (Deputy Mayor) und dem Bürgermeister (Mayor). Die zentrale Position im administrativen Bereich, dem executive wing, nimmt der Municipal Commissioner (auch Chief Executive Officer - CEO - genannt) ein⁵.

Der "deliberative wing" und hier primär der Stadtrat soll die Richtlinien der Kommunalpolitik bestimmen. In seiner Autorität liegt es, Verordnungen und Resolutionen im Rahmen der von den Municipal Government Acts definierten städtischen Aufgabenbereiche zu erlassen, sowie das Budget zu verabschieden. Der Norm der Municipal Government Acts entsprechend darf der executive Flügel nur nach den politischen Leitlinien des "deliberative wing" handeln. Daneben besitzt der Stadtrat gewisse formale Kontrollmöglichkeiten der Exekutive. Er kann einen Mißtrauensantrag gegen den CEO einbringen, der bei einem Votum von 5/8 der Stimmen aller Stadträte zur Abberufung des CEO durch die Landesregierung führt.

Diagramm der politisch-administrativen Struktur indischer Municipal Corporations
(KAVAL - Corporations, Uttar Pradesh)



- > Kontrolle
 - - - - -> Wahl
 = = = = => Ernennung

Macht und Einfluß in indischen Städten

Unterstützt in seiner Arbeit wird der Stadtrat durch die verschiedenen Ausschüsse, von denen als wichtigste das Executive- und das Development Committee zu nennen sind. Der Stadtrat wählt die Mitglieder der Ausschüsse, die arbeitsteilig spezifische Fragen der Stadtpolitik wie Budget- und Finanzfragen (Executive Committee), Stadtplanung (Development Committee), Fragen der Gesundheitspolitik, öffentliche Dienste usw. bearbeiten. Die Ausschüsse legen dem Plenum ausgearbeitete Lösungsalternativen und Empfehlungen zu den anstehenden Fragenkomplexen vor, über die es dann als Ratifikationsorgan entscheidet. Sie sind Interaktionsgremien zwischen der städtischen Legislative und Exekutive, da die Administratoren zur Information der Stadträte und aus Gründen der Verwaltungskontrolle permanent zu Ausschuß-Sitzungen vorgeladen und befragt werden können.

Der Mayor, der vom Stadtrat alljährlich gewählt wird, hat nur sehr geringe formale Einflußmöglichkeiten auf die Entscheidungen der Stadtpolitik. Diese sind im wesentlichen personalpolitischer Natur und liegen in der Mitsprache bei der Vergabe von subalternen Stellen der Stadtverwaltung und in seinem Recht, als Präsident des Council Patt-Abstimmungen im Stadtrat durch seine Stimme zu entscheiden. Als "erster Bürger der Stadt" (first citizen) stellt der Mayor im Grunde nur eine Repräsentativ- und Integrationsfigur dar.

Größere formale Befugnisse hat der Deputy Mayor als Vorsitzender des Execitiv- und Development Committee. Außerdem spielt er bei den Budgetverhandlungen eine wichtige Rolle.

Eine starke Stellung im städtischen Institutionengefüge besitzt der CEO aufgrund seiner Ernennung durch die Landesregierung, die unabhängig von Einflußmöglichkeiten städtischer Gremien erfolgt (Der CEO größerer Städte ist zumeist Angehöriger des elitären Indien Administrative Service.). Seine Karriereabhängigkeit von der Landesregierung drängt den CEO auch in eine politische Abhängigkeit von dieser, die sich auf den Entscheidungsprozeß der Kommunalpolitik niederschlägt. Die Funktionen des CEO lassen sich in vier Bereiche gliedern:

- 1) Administrative Funktionen: Der CEO ist als Chef der Stadtverwaltung verantwortlich für die Durchführung der städtischen Politik. Alle Departments der städtischen Administration fungieren unter der Oberaufsicht des CEO, der auch die Disziplinargewalt über den gesamten städtischen Verwaltungstab ausübt.
- 2) Finanzielle Funktionen: Großen Einfluß auf die Gestaltung der Kommunalpolitik nimmt der CEO durch seine Kompetenz, das jährliche Budget zusammenzustellen.
- 3) Quasi-legislative Funktionen des CEO ergeben sich aus dem Recht, bei allen Sitzungen des Council und seinen Committees anwesend zu sein und an Diskussionen (ohne Stimmrecht) teilzunehmen.
- 4) Elektorale Funktionen: Der CEO ist verantwortlich für Durchführung und Überwachung der Kommunalwahlen⁶.

Schließlich muß jede Untersuchung der die städtische Entwicklung bestimmenden Macht- und Einflußmuster einleitend die Frage beantworten, inwieweit die Stadt überhaupt die Ebene ist, auf der die relevanten Entscheidungsprozesse ablaufen, oder ob nicht Institutionen auf ganz anderen Ebenen (z. B. Länder- oder Bundes-

regierung) auf die Stadtentwicklung einwirken. Im Mittelpunkt dieser Fragestellung steht die Überprüfung des gemeindlichen Autonomiebegriffs.

Als gemeindliche Autonomie soll die Möglichkeit verstanden werden, durch die vertikale Gewaltenteilung innerhalb eines föderalen politischen Systems einen solchen Grad an Dezentralisierung von Macht zu erreichen, daß die Ortsansässigen über Ziele, Programme und Aktivitäten in ihren Gemeinden selbst bestimmen können.

Von der im Zusammenhang mit dem Local Self-Government-Begriff immer wieder assoziierten klassischen Gemeindeautonomie kann im politischen System Indiens keine Rede sein. Local Self-Government stellt sich hier nicht als eine Form der vertikalen Gewaltenteilung zum Zwecke einer Dezentralisierung der Macht dar, sondern vielmehr als ein "penetrated system", das auf komplexe und massive Weise von vertikalen Einflußmustern durchdrungen wird⁷.

Es ergeben sich fünf Hauptkomplexe solcher vertikaler Abhängigkeiten zwischen Stadt und Bundesland:

- 1) Kompetenzüberschneidungen zwischen Municipal Government und Landesregierung durch das Hineinwirken von Landesverwaltungen in den städtischen Funktionsbereich (v. a. bei der Stadtplanung, sowie im Erziehungs- und Gesundheitswesen).
- 2) Finanzielle Abhängigkeit der Municipal Corporations von Bund und Land.
- 3) Die weitgehenden Einwirkungsmöglichkeiten der Landesregierung bei der personellen Besetzung der wichtigen Positionen der Stadtverwaltung.
- 4) Vertikale Abhängigkeiten innerhalb der politischen Parteien und Gruppen zwischen der Landes- und der lokalen Organisationsebene.
- 5) Das politische Kontroll- und Sanktionsinstrumentarium der Landesregierung gegenüber kommunalen Gremien und Instanzen, dessen effektivstes die Amtenhebung (Supersession) einer Municipal Corporation ist.

Damit wird deutlich, daß kommunalpolitische Entscheidungen des "deliberative wing" nur in einem sehr begrenzten Aktionsrahmen möglich sind. Weiterhin ergibt sich hieraus, daß sich die Analyse der Einflußmuster indischer Städte keinesfalls auf die städtische politische Arena als isoliertem Untersuchungsbe-
reich beschränken darf, sondern vertikale Interaktionsbereiche übergeordneter politischer Akteure und Ebenen in die Analyse miteinbeziehen muß.

Die informellen Machtstrukturen

Der Wahlkampf

Wie die Darstellung der formalen Machtstrukturen ergab, sind die formalen Einflußmöglichkeiten der Stadtratsmitglieder sehr begrenzt. Im Gegensatz hierzu kann der äußerst scharfe Konkurrenzkampf um die Stadtratsitze als Indikator für informelle Macht der Stadträte gewertet werden. Die folgenden Ausführungen mögen diese These belegen.

Ein deutlicher Indikator für die Attraktivität eines Stadtratsitzes ist die Zahl der Bewerber zu diesem Gremium. So ist z. B. in den Städten Poona, Agra, Bombay und Nagpur eine ständige Zunahme der Stadtratskandidaten festzustellen⁸.

Für Kandidaten der großen politischen Parteien ist die Kandidatennominierung die erste Hürde in diesem Selektionsprozeß. Bei aller parteimäßigen und bundesstaatlichen Uneinheitlichkeit werden die der Nominierung vorausgehenden Prozeduren gekennzeichnet durch eine rege Kontakt- und Einflußnahme der dominanten einzelstaatlichen Parteigremien auf die lokalen Parteigruppierungen. Dazu sei hier der Nominierungsprozeß am Beispiel der Congress-Parteiorganisation von Agra demonstriert. Die Congress-Party bildet vor Stadtratswahlen ein "Election Committee", dessen Aufgabe in der Nominierung von Wahlkandidaten besteht. Das "City Election Committee" übermittelt die Kandidatenliste an das "State Election Committee", welches die letztendliche Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Liste fällt. Ausschlaggebend für diese Entscheidung ist die Zusammensetzung dieses Komitees und die relative Stärke der in ihr vertretenen Parteiflügel, welche dazu tendieren, die Wahlliste zugunsten der Anhänger der eigenen "faction" zu modifizieren.

Nicht berücksichtigte Bewerber für ein "ticket" sind nach Abschluß des partei-internen Nominierungsprozesses jedoch noch keineswegs aus dem Rennen um ein Mandat ausgeschieden. Häufig ist die Konsequenz vielmehr der Parteiaustritt und eine Kandidatur als Unabhängiger oder für eine andere Partei - v. a. wenn der Bewerber über politisch verwertbare Ressourcen zu verfügen scheint. Gewinnt dieser Kandidat den Wahlkampf gegen den offiziellen Wahlbewerber seiner früheren Partei, so tritt nicht selten der Fall ein, daß er mit dem gewonnenen Mandat sofort wieder in seine alte Parteiorganisation eintritt - in seiner partei-internen Position nun erheblich gestärkt⁹.

Der Wahlkampf selbst ist als "bargaining-process" aufzufassen, dessen Strategien und Taktiken nicht mit dem von der angelsächsischen Demokratietheorie entwickelten Wertekodex und deren politischer Kultur, sowie daran orientierten politischen Verhaltensweisen und Regelungssystemen vergleichbar sind.

Eine Analyse der Kommunalwahlen vom März 1969¹⁰ ermittelte Bestechungspraktiken, Geldzuwendungen und Wahlgeschenke als allgemein angewandte Verfahren zum Fang von Wählerstimmen. Bestechungen mit Bargeld richten sich vor allem an Personen mit primordialen Klientelen¹¹. Bargeldzuwendungen der Kandidaten erreichen auch die freiwilligen Vereinigungen ("voluntary associations"), die als Organisationen in spezifischen gesellschaftlichen Bereichen Stimmen-

pakete bieten können. Den Slum-Bewohnern, denen aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke im Wahlkampf eine bedeutende Rolle zukommt, widmet sich die Wahlkampagne hauptsächlich durch die Veranstaltung von Festen und der Bewirtung mit Speisen und Alkoholika. Wahlgeschenke richten sich an die Gesamtheit der Bevölkerung des Wahlbezirks (z. B. die Einrichtung sanitärer Anlagen). Der Wahlbewerber bezweckt damit, seine von persönlichen Machtaspirationen integre, allein auf das Gemeinwohl des Wahlkreises ausgerichtete Gesinnung zu dokumentieren. Die große Bedeutung dieser Wahlkampfpraktiken verdeutlicht die Analyse der Wahlkampfkosten der drei Hauptkandidaten in einem vom Wirsing untersuchten Wahlbezirk in Nagpur. Die offiziellen Ausgaben (ca. 700 Rupien) standen zu den Aufwendungen für Bestechungen und Stimmenkauf (ca. 7 500 Rupien) in einem Verhältnis von eins zu zehn¹².

Häufig angewandte Wahlkampfstrategien sind die Nominierung von "falschen" Kandidaten, also "Stroh Männern" oder die gesteuerte Zurückziehung von Kandidaten. Bezweckt wird mit derartigen Taktiken eine Aufsplitterung des Stimmepaketes (vote bank) aussichtsreicher Gegenkandidaten, oder umgekehrt, die Reduktion der Wahlalternativen zur Verhinderung von Wahlkoalitionen der Rivalen. Wahlabsprachen dieser Art verbinden sich meist in der Zahlung von Bestechungsgeldern an den auf seine Chance verzichtenden Bewerber. Dies führt zu grotesken Auswüchsen; funktionieren doch einige Kandidaten auf diese Weise den Wahlkampf zu einer privaten kommerziellen Unternehmung um¹³.

Eine erfolgreich angewandte Praktik der Wahlkampf führung ist die Erpressung von höheren Verwaltungsbeamten, die Einfluß auf den nachgeordneten Verwaltungsstab besitzen. Wissen über dienstliche Verfehlungen dieser Beamten wird als Repressionsmittel ausgespielt, um die dienstlichen Kompetenzen des Erpreßten so zu nutzen, daß das Wahlverhalten des nachgeordneten Verwaltungsstabes im Sinne des Erpressers beeinflußt wird¹⁴.

Ultima ratio des Wahlkampfes ist die Entführung von Gegenkandidaten, teilweise bereits vor der offiziellen Kandidatenregistrierung. Diese werden dann so lange festgehalten, bis die Wahl entschieden ist. Seinen Höhepunkt erreicht der Wahlkampf in den letzten Tagen vor dem Wahltermin, wenn es darauf ankommt, die erkauften Stimmepakete gegen Konkurrenten abzusichern. Dabei muß vor allem das Verhalten der ärmeren Wählerschichten im Wahlbezirk von den Wahlhelfern ständig kontrolliert werden, da diese Gruppen sich ihre wahlstrategische Bedeutung zunutze machen wollen und noch im letzten Moment zu einem mehrbietenden Konkurrenten überlaufen könnten. Nicht selten kommt es in dieser Phase des Wahlkampfes zwischen den Wahlhelfern der Kandidaten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Am Wahltag selbst werden die potentiellen Wähler von den Wahlhelfern durch Automobile und Rikshas zu den Wahllokalen transportiert¹⁵.

Machtressourcen der Lokalpolitiker

Wie die Kompetenzstruktur der politischen Institutionen indischer Municipal Corporations vermuten läßt, müssen sich Formen informeller Einflußnahme primär auf die Beeinflussung des Verwaltungshandelns erstrecken. Große Bedeutung kommt dabei der personellen Zusammensetzung der städtischen Ver-

Macht und Einfluß in indischen Städten

waltung zu. Da die Stadtverwaltung in Indien dem Typus einer Patronageverwaltung entspricht, einzelstaatliche Verwaltungsabteilungen eine Reihe von städtischen Aufgabenbereichen regeln und die wichtigen Positionen der Stadtverwaltung von der Landesregierung besetzt werden, sorgt dieses administrative Rekrutierungsmuster dafür, daß die Kräfteverhältnisse innerhalb der für die städtische Verwaltung relevanten Administrationen die parteilichen und faktionellen Machtstrukturen auf einzelstaatlicher Ebene widerspiegeln. Um die Durchführung politischer Entscheidungen und Verwaltungshandeln auf städtischer Ebene beeinflussen und kontrollieren zu können, stellen persönliche Beziehungen zu Politikern auf Länderebene und Verwaltungsbeamten eine entscheidende Machtressource für die Kommunalpolitiker dar. Derartige Beziehungen basieren auf gemeinsamer kommunalistischer Zugehörigkeit, Nachbarschaft, ehemaliger Schulkameradschaft oder Familienfreundschaft. Häufig werden sie aber auch über Berufe - Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Geschäftsleute - vermittelt, die die Möglichkeit bieten, mit Beamten über deren Eigenschaft als Patienten, Klienten, ehemalige Schüler und Kunden in Verbindung zu treten¹⁶.

Eine politisch verwertbare Machtressource ist die politische Unterstützung durch Persönlichkeiten und Institutionen der einzelstaatlichen Ebene.

Da die Ernennung der höheren städtischen Beamten durch die Landesregierung in Konsultationen mit der State Public Commission vorgenommen wird, versuchen die Stadträte über ihre Protektoren auf Länderebene (in der Regel basierend auf Partei- und Faktionsbindungen), ihnen nahestehende Personen in Verwaltungspositionen einzuschleusen oder befreundete Beamte im Amt zu halten, um den eigenen Einfluß auf die Bürokratie zu steigern oder zu konservieren. Die Unterstützung der lokalen Repräsentanten ist von seiten der einzelstaatlichen Partei- oder Regierungsgremien gewöhnlich dann gewährleistet, wenn zwischen beiden Ebenen Partei- und Faktionsidentität besteht. Somit werden die Stadtratsmitglieder in die Lage versetzt, durch Beschwerden über städtische Beamte bei Politikern der Landesregierung Druck auf die städtische Administration auszuüben¹⁷.

Politische Machtmittel, die außerhalb des formalen oder informellen Bereichs politischer Institutionen liegen, werden in Form von Agitation und Erpressung angewandt. Demagogie und agitatorische Strategien mobilisieren die Massen, die durch Demonstrationen, Aufruhr und andere Formen direkter Aktionen politischen Druck erzeugen können. Diese Form der Einflußnahme ist sehr erfolgreich, da Behörden und Administratoren vor öffentlichen Konflikten zurückschrecken. Erpressung als Methode politischer Einflußgewinnung nutzt dienstliche Verfehlungen (z. B. Korruption) höherer städtischer Beamter als Repressionsmittel aus, um die Verwaltung zum gewünschten Verhalten zu zwingen¹⁸.

Wichtige Machtressourcen im urbanen politischen Entscheidungsprozeß stellen die Faktoren ökonomische Stellung, Beruf, Bildung, kommunalistische Zugehörigkeit, Alter, artikulatorische Begabung und Persönlichkeit dar. Einfluß auf die Machtstrukturen erreichen Stadträte nur durch die Kombination dieser Eigenschaften, wobei dem ökonomischen Faktorein überragender Stellenwert zukommt. Die folgenden Fakten verdeutlichen dies:

- Organisation und Finanzierung der Wahlkampagne sind für die meisten Kandidaten eine individuelle Angelegenheit. Die Höhe der Wahlkampfkosten bewirkt

a priori einen politischen Selektionsprozeß. Wirsings Analyse der Stadtratswahlen in Nagpur ergab in einem speziell untersuchten Wahlkreis für die aussichtsreichsten Kandidaten Ausgaben in Höhe von 8000-9000 Rupien¹⁹.

- Stadtratskandidaten werden im Wahlkampf nur selten von Interessengruppen finanziell unterstützt. Im Gegenteil: Die Kandidaten erhalten nur dann die Stimmenpakete der freiwilligen Vereinigungen, wenn sie sich zuvor in solchen Organisationen als Funktionäre und vor allem als Mäzene engagiert haben²⁰.
- Das Stadtrats-Amt gewährt per se noch keinen Einfluß. Vielfach müssen manipulative und korrupte Praktiken angewandt werden, um die erstrebte Einflußnahme realisieren zu können. Derartige Methoden sind kostenaufwendig und nur mit Hilfe beträchtlicher finanzieller Mittel anwendbar.
- Das Wirken als Stadtrat ist in einer Reihe von Corporationen ehrenamtlich (Agra), oder wird, wie in Poona und Calcutta, nur gering honoriert (100 Rupien pro Monat)²¹.

Auch die berufliche Herkunft der Stadtratsmitglieder spiegelt die Wichtigkeit ökonomischer Ressourcen für ihr Einflußpotential wider. Ein hoher Anteil von Stadträten - in den drei untersuchten Städten Agra, Poona, Jodhpur zwischen 63 und 72 % - rekrutiert sich aus Berufen, die die erforderliche wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleisten - es sind Ärzte, Rechtsanwälte und Geschäftsleute²².

Auch die Einflußmöglichkeiten der Politiker, die einen Sitz im Executive- und Development Committee innehaben, erfahren durch informelle Praktiken noch eine beträchtliche Steigerung. Im Prinzip sind Beschlüsse der Ausschüsse der Billigung durch das Stadtratsplenum unterworfen. In der Praxis aber werden die Resolutionen der Ausschüsse sofort an die Verwaltung zur Ausführung weitergeleitet, ohne zuvor vom Plenum des Stadtrats formal gebilligt worden zu sein. Die Mitglieder des Executive Committee partizipieren am Entscheidungsprozeß selbst in solchen Angelegenheiten, für die nach den Statuten allein das Stadtratsplenum zuständig ist, da der Stadtrat oft erst nach Konsultation des Executive Committee entscheidet. Die Mitglieder des Executive Committee können ihren von Amts wegen besonderen Zugang zu städtischen Beamten benutzen, um in spezifischen Angelegenheiten die Verwaltung im Sinne der eigenen Interessen zu beeinflussen²³. In den Augen vieler Stadtratsmitglieder ist die Wahl ins Executive Committee gleichbedeutend mit der Anerkennung als Einflußreicher²⁴.

Faktionen und politische Parteien weiten ihren Einfluß in der Stadtpolitik durch Manipulationen in der personellen Zusammensetzung der Ausschüsse aus. Zehn der zwölf Mitglieder des Development Committee werden unter parteiproportionalen Aspekten aus der Mitte des Stadtratsplenums gewählt. Die übrigen zwei Mitglieder sollen nicht dem Kreis der Stadträte entstammen; es sollen parteiunabhängige Experten sein, die über Sachverstand im Bereich der Stadtplanung verfügen. Realiter werden diese beiden Positionen aber meist auf Parteigänger- und Klientelbasis vergeben. Die Einflußmöglichkeiten der Mitglieder des Development Committee spiegeln sich auch in dem häufig erhobenen Vorwurf wider, sie benutzen ihre Stellung für die Verfolgung eigennütziger ökonomischer Ziele - zur Aneignung von billigem Grund und Boden, im Bereich der städtischen Bauplanung und in Fragen der Besteuerung immobilier Vermögenswerte²⁵.

Macht und Einfluß in indischen Städten

Die statutorisch festgelegten, gering einzuschätzenden Kompetenzen des Bürgermeisters erfahren auf informellem Wege eine bedeutende Steigerung. Dieses Bild vermittelt die politische Realität allein aufgrund der heftigen Auseinandersetzungen bei den Wahlgängen für dieses Amt, die nicht allein mit Statusaspirationen abgetan werden können. Begünstigt durch seinen Status als "first citizen" pflegt der Bürgermeister vielseitige Beziehungen zu Verwaltungsbeamten und übergeordneten politischen Ebenen, die ihm ein breites Aktionsfeld für Eingriffe in den politischen Prozeß gewähren. Vajpeyi charakterisiert diese Beziehungen als korrupt und intransparent²⁶.

Die Machtressourcen des Deputy Mayor werden in der Fachliteratur nur sehr rudimentär behandelt. Aufgrund seines Vorsitzes in den wichtigsten Committees und der amtsbedingten engen Interaktion mit der Verwaltung dürfte ihm ein erheblicher informeller Einfluß zuzuschreiben sein²⁷.

Der Spielraum informeller Machtausübung des CEO und auch höherer Beamter der Stadtverwaltung ergibt sich primär aus der Art ihrer Rekrutierung. Durch die Ernennung seitens der Landesregierung und die sich daraus ergebende enge Interaktion mit der Ministerialbürokratie eines Bundeslandes kann v. a. der CEO eine von den legalen Kontrollinstanzen des Municipal Government weitgehend unbehelligte Politik betreiben. Das Mißtrauensvotum des Stadtrats erweist sich aufgrund der hochgradig segmentierten Landschaft politischer Gruppierungen und Faktionen in der Regel als unbrauchbar. Der 'policy output' der Verwaltung wird daher determiniert durch eine formal weitgehend kontrollfreie Durchführungsphase. Die informelle Politik des CEO ergibt sich primär aus den Abhängigkeiten der städtischen politischen Ebene vom Bundesland und beruht auf der Nutzbarmachung persönlicher Beziehungen.

Der Einfluß von politischen Organisationen und Interessengruppen auf die Lokalpolitik

Ein markantes Kennzeichen der politischen Arena indischer Municipal Corporations ist das ausgeprägte Vielparteiensystem. Das Parteienspektrum erstreckte sich zum Zeitpunkt der vorliegenden Untersuchungen (d. h. vor Gründung der Janata Party) über die auf Bundesebene organisierten Parteien, wie Congress, Jan Sangh, RPI, Praja Socialist Party (PSP), Samyukta Socialist Party (SSP), CPI, CPI/M, über Parteien mit regionalen Schwerpunkten wie die CPI/ML (Bengalen), die DMK (Tamil Nadu), die Shiv Sena (Greater Bombay) sowie auf bestimmte Städte beschränkte Anti-Congress-Wahlbündnisse wie die Nagri Sanghatna (Poona) oder die Swatanra Dal (Agra).

Die Beurteilung des politischen Einflusses der Parteiorganisationen auf die Stadtpolitik muß von drei Grundgegebenheiten ausgehen:

- von vertikalen innerparteilichen Dependenzverhältnissen zwischen der Landesparteiorganisation und der lokalen Parteiuntergliederungen,
- von einem ausgeprägten Faktionswesen,
- von dem Fehlen bzw. der äußerst geringen Bedeutung eines die Parteifunktionäre und -mitglieder sowie die gesamten Parteiativitäten lenkenden und verpflichtenden einheitlichen Parteiprogramms.

Die Landtagsabgeordneten der Parteien nehmen im urbanen Entscheidungsprozeß als Politiker der übergeordneten, die Entscheidungsstrukturen der Stadt penetrierenden Länderebene eine eminent wichtige Position ein. Dies ist in verstärktem Maße dann der Fall, wenn zwischen der Landesregierung und städtischer Regierung Parteidentität herrscht²⁸. Die Lok Sabha- und Landtagsabgeordneten (MPs, MLAs) sowie die Länderminister, deren Wahlkreis eine Municipal Corporation ist, sind in der Regel die Führer der lokalen Parteiorganisationen. Sie werden daher auf der Grundlage überlegener politischer Informationen, interpersonaler Kontakte sowie durch das Zusammenwirken mit der Landesregierung und deren Administration versuchen, durch vertikale Zielvorgaben Einfluß auf die innerparteiliche Willensbildung und das Entscheidungsverhalten der lokalen Parteiorganisationen in kommunalen Fragen auszuüben.

Andererseits wehren sich die kommunalen Politiker gegen den starken innerparteilichen Druck höherer Parteiorganisationsebenen in städtischen Entscheidungsprozessen. Politik funktioniert im Beziehungsfeld zwischen Landtagsabgeordneten, Landesministern, Stadträten und Mitgliedern der lokalen Parteiorganisation nur auf der Basis des "Do-ut-Des"-Prinzips. Die Landtagsabgeordneten und Minister sind hinsichtlich ihrer Wiederwahl von ihren Gefolgleuten auf lokaler Ebene abhängig und dürfen daher deren kommunalpolitische Forderungen nicht ignorieren.

Mit den bisherigen Ausführungen wurde ein vereinfachtes Bild der innerparteilichen Beteiligungsstruktur an urbanen politischen Entscheidungen entworfen. Überlagert und damit komplexer wird die innerparteiliche Willensbildung und gleichzeitig das urbane Entscheidungsmuster durch die Existenz meist partei-gebundener Faktionen.

Die Faktionen bestimmen vor allem in solchen Parteien die innerparteiliche Struktur, die wie die Congress-Party Sammelbecken heterogener Interessen sind. Das städtische Einflußmuster kann vom Verhalten der Faktionen erheblich beeinflußt werden, da diese quasi einen Mikrokosmos der Parteien darstellen und durch ihre Ausdehnung auf höhere politische Ebenen ebenfalls vertikale Interaktionsmechanismen entwickeln. So ergeben sich innerhalb der funktionalen und institutionellen Abhängigkeiten zwischen Landesregierung und Municipal Government und den vertikalen innerparteilichen Beziehungen noch vertikale Relationen innerhalb der Faktionen. Die kombinierten Interaktionen all dieser Akteure führen schließlich zu einer hochgradigen Gruppensegmentierung, welche die städtischen Machtverhältnisse in einen instabilen Zustand versetzt²⁹.

Außerdem sind die bestehenden Parteiprogramme insofern zumeist ohne Relevanz, als sich die Parteimitglieder und -funktionäre durch sie in der Regel nicht auf reale politische Zielsetzungen verpflichtet fühlen. Daher gibt es eine meist nur rudimentär entwickelte Parteiloyalität; der Partei- oder Faktionswechsel aus persönlichem und gruppenspezifischem Opportunismus ist in der indischen Parteienlandschaft ein auf allen Ebenen der Politik häufig anzutreffendes Faktum.

Daraus ergeben sich für den Einfluß der Parteiorganisationen auf die Stadtpolitik u. a. folgende Konsequenzen: Die Parteiorganisationen besitzen als einheitlich auftretende politische Akteure nur geringen Einfluß auf die Stadtpolitik. Eine hochgradig personalisierte und faktionalisierte innerparteiliche Struktur und

Macht und Einfluß in indischen Städten

fehlende parteipolitische Programmatik lassen die Parteiorganisationen nicht zu einem berechenbaren Faktor innerhalb der städtischen Machtstruktur werden. Vielmehr wird der Einfluß der Parteiorganisationen auf die Stadtpolitik reduziert auf Interaktionen verschiedener Organisationsebenen des Parteiapparates mit personalen und faktionalen Abhängigkeiten, die durch ihre Instabilität die Einflußrelationen unter den politischen Parteien und den lokalen Politikern ständig im Fluß halten.

Gewerkschaften

Die Gewerkschaften, die in Indien fast immer mit einer politischen Partei verbunden sind, werden von den Parteien auch auf lokaler Basis als Reservoir von Wählerstimmen der Arbeiterschaft angesehen. Sie versuchen aber aus ihrer Bedeutung als Wahlkampfhilfsorganisationen der Parteien politisches Kapital in Form von zunächst verstärktem innerparteilichem Einfluß zu schlagen. Nach der Wahl soll dieser Einfluß auf kommunale Entscheidungen selbst ausgedehnt werden. In erster Linie geht es ihnen darum, im innerparteilichen Nominierungsverfahren bei Stadtratswahlen eine möglichst große Zahl von Gewerkschaftsfunktionären als Wahlkandidaten durchzusetzen. Auf dieser Interessenbasis bilden die Gewerkschaftsfunktionäre eine innerparteiliche Faktion. Häufig wird durch undurchsichtige Kontakte der Gewerkschaftsfunktionäre zu Privatunternehmern die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessenvertretung der Arbeiterschaft, über informelle Kanäle umfunktioniert in einen Austausch materieller persönlicher Interessen. Das Interesse der Unternehmer liegt in einem 'billigen' Arbeitsfrieden, den sie von Fall zu Fall durch Bestechung der führenden Gewerkschaftsfunktionäre auch erreichen. So kann sich der Posten eines Gewerkschaftsfunktionärs als einträgliche Pfründe erweisen. Die Gewerkschaftsfunktionen werden häufig als Sprungbrett für eine politische Karriere betrachtet, erschließen sie doch in ihren ökonomischen Chancen eine wichtige politische Machtressource³⁰.

Die Wirtschaftsinteressen

Obwohl es in der Forschungsliteratur bisher keine Arbeiten gibt, die sich explizit mit dem Einfluß der Wirtschaftsinteressen auf die kommunale Politik Indiens befassen, läßt die bearbeitete Literatur folgende Ausführungen zu. Die Partei der Geschäftsinteressen, die liberalkonservative Swatantra, erreichte in den analysierten Municipal Corporations keinen Einfluß, mißt man diesen an der Zahl der errungenen Stadtratssitze. Daher vollzieht sich die Vertretung der Business-Interessen in den Städten über die 'Business-' oder 'Merchant Associations'. Wenn auch die Zahl der Stadträte, die Ämter in solchen Organisationen bekleiden, relativ gering ist, so scheinen sie doch eine hohe 'issue-participation' erzielen zu können³¹. Ihr Einfluß ist vor allem dann hoch zu bewerten, wenn sie in der Lage sind, sich überregional zu organisieren und durch das Zusammenwirken mit Politikern und Verwaltung über vertikale Kanäle Einfluß auf die kommunale politische Arena auszuüben.

Jürgen Rüland

Der Einfluß der Wirtschaftsinteressen zielt vor allem auf die administrative Ebene ab. Durch permanentes Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung, soweit sie ressort-zuständig ist, versucht die Geschäftswelt, oft durch Manipulation und Korruption, ihre Interessen in Steuer-, Kredit- und Devisenfragen, beim Erwerb von Lizenzen für Importe sowie für die Eröffnung von Geschäften und Betrieben durchzusetzen.

Freiwillige Vereinigungen des Sozial-, Kultur-, Erziehungs- und Wohlfahrtsbereichs

Ein augenfälliger Bestandteil der indischen Kommunalpolitik ist eine Vielzahl freiwilliger Vereinigungen ('voluntary associations'). Diese 'Non-Governmental Organizations' verteilen sich auf die verschiedensten Sektoren des öffentlichen Lebens: Es gibt Konsumvereine, Vereinigungen im Erziehungsbereich, im Wohlfahrts- und Sozialbereich, kulturelle und religiöse Vereinigungen, Kastenvereinigungen, Business-, Merchant- und Professional-Associations, Sportvereine, um die wichtigsten zu nennen. Viele dieser Vereinigungen nehmen para-administrative Aufgaben in Bereichen wahr, die vom Staat nur mit mangelhaften Finanzmitteln ausgestattet werden. Da die Vereinigungen Dienstleistungen erbringen, die breiten Bevölkerungsschichten zugute kommen, sind Ämter in solchen Organisationen unter den Politikern aufgrund ihrer Öffentlichkeitswirkung sehr begehrt³².

Eine große Bedeutung der freiwilligen Vereinigungen liegt in ihrer Funktion als Rekrutierungsbasis für politische Ämter in der Parteipolitik. Politisch ambitionierte Personen treten als Mäzene in Vereinigungen ein und erhalten als Gegenleistung öffentlichkeitswirksame Ämter innerhalb der Organisationen. Eine große Ehre und statusmäßige Aufwertung für einen Mäzen ist seine Wahl zum Präsidenten einer solchen Vereinigung. Dieses Amt gibt Gelegenheit, bei offiziellen Anlässen als Vertreter der Vereinigung in der Öffentlichkeit aufzutreten. Dadurch wird der Präsident einem größeren Publikum bekannt, womit eine Basis zur Kandidatur für politische Ämter gegeben ist. Bei der Kandidatur stellen die Mitglieder der freiwilligen Vereinigungen Stimmenpakete für die Wahlbewerber dar, außerdem leisten sie Wahlhilfe durch die Werbung von Wählern nach dem Schneeballsystem³³.

Die erhebliche Bedeutung der Vereinigungen als Machtressource der Kommunalpolitiker erklärt auch den erbitterten Kampf um die Ämter in 'voluntary associations'. Viele Politiker besitzen gleich in mehreren solcher Organisationen Mitgliedschaft und Ämter³⁴.

Als 'issue-participants' spielen die freiwilligen Vereinigungen jedoch nur eine untergeordnete Rolle, wenn man die Untersuchungsergebnisse Lals, der die Partizipation von 38 Organisationen an gemeindlichen Streitfragen in Jodhpur analysierte, verallgemeinern darf³⁵. Man kann die freiwilligen Vereinigungen kaum als 'pressure groups' betrachten, da sie durch ihre finanzielle Abhängigkeit und die Personalunion ihrer Funktionäre mit politischen Ämtern leicht in Gefahr geraten, für deren persönliche politische Intentionen mißbraucht zu werden. Ebenso treten sie auch als 'issue-participants' wenig in Aktion. Sie sind damit in erster Linie zu betrachten als Machtressourcen der Lokalpolitiker.

Primordiale Gruppen³⁶

Untersuchungen des Wählerverhaltens bei Stadtratswahlen verdeutlichen, daß die Wähler ihr Wahlverhalten nicht primär nach Parteipräferenzen, sondern auch nach der primordialen Zugehörigkeit der Kandidaten ausrichten³⁷.

Für die Wahlkampfstrategie der Parteien ist es daher unerläßlich, ihre Kandidaten entsprechend der primordialen Gruppenstruktur der einzelnen Wahlbezirke auszuwählen. Da das Nominierungsverfahren der Kandidaten von allen Parteien unter der Berücksichtigung primordialer Merkmale von Wahlbewerbern und Wählerschaft durchgeführt wird, ist die Gefolgschaft dieser Gruppen für die Politiker eine wichtige Machtressource. Nach dem "Do-ut-Des"-Prinzip können primordiale Gruppen, die einen Stadtrat unterstützen, indirekt über diesen Einfluß auf Fragen der Lokalpolitik ausüben. Ihre Interessen in der Stadtpolitik bestehen in erster Linie in der Versorgung mit Arbeitsplätzen. Von den unterstützten Politikern wird erwartet, daß sie die ihnen verfügbaren Machtressourcen gegenüber der Stadtverwaltung, die als wichtiges Arbeitsplatzpotential betrachtet werden muß, geltend machen und die Stellenvergabe an Angehörige der eigenen primordialen Gruppe fördern. Dieses Patronagesystem führt auch in der Stadtverwaltung zur Herausbildung bestimmter primordialer Gruppierungen, die wiederum in Form einer Rückkoppelung Auswirkungen auf das Machtpotential der politischen Führer nach sich ziehen können.

Den Kasten kommt auch heute noch Bedeutung als Mobilisierungsfaktoren und Bezugsgruppe im urbanen politischen Prozeß zu. Allerdings ist die Tendenz des Einflusses von Kasten auf die Stadtpolitik rückläufig. Kasten bilden in politischer Hinsicht nicht mehr ein geschlossenes konsensuales System. In seiner Studie zeigt B. Ahmed den rückläufigen Einfluß der Kasten auf das Wahlverhalten ihrer Mitglieder in Städten. Nur selten noch sind sie Träger politischer Parteien³⁸.

Eines der wenigen Beispiele für weitgehend geschlossene Parteipräferenz einer Kaste ist die 'unberührbare' Jatav-Kaste in Agra. Die Jatavs organisierten sich in der Republikanischen Partei Indiens (RPI), die in Nord- und Westindien die Partei politisch artikulierter Unberührbarer ist. Durch die RPI versuchen sie Kastenmitglieder in Statuspositionen und politische Ämter der Stadt zu bringen, um Einfluß auf städtische Entscheidungsabläufe zu gewinnen³⁹.

Die Entfaltung des modernen Wirtschaftssektors in den urbanen Zentren und die mit den ökonomischen Möglichkeiten verbundene soziale und wirtschaftliche Mobilität ließ Untersuchungen, die die Faktoren "Einfluß auf die städtische Politik" und "ritueller Kastenstatus" zu korrelieren suchen, obsolet werden. Vor allen in den mittleren Kasten wich ein starres, hierarchisch verkrustetes System einer beträchtlichen Mobilität.

Der Einfluß des organisierten Radikalismus auf die Stadtpolitik

Aufbruch als Ausdruck politischer Artikulation ist eine typische (wenn auch nicht dominante) Form indischer politischer Kultur und wird von radikalen politischen Gruppen und Parteien sowie von paramilitärischen Organisationen getragen. Betrachtet man den Radikalismus als Form informeller politischer Einflußnahme,

Jürgen Rüländ

so stellt sich die Frage nach seinen Ursachen. Bisher wurde aufgezeigt, daß politischer Einfluß in der Lokalpolitik in den dafür vorgesehenen legalen Institutionen primär von einer kleinen sozio-ökonomisch führenden Gruppe der Geschäftsleute, Freiberuflern und hohen Beamten, sowie den Politikern und Bürokraten politisch höherer Ebenen mit gleicher Rekrutierungsbasis monopolisiert wird. Parteien und gesellschaftliche Organisationen übernehmen nur in sehr bedingter Form die Artikulation gesellschaftlicher Interessen der breiten Volksmassen. Vielmehr dienen die "Interessengruppen" primär den Zielen lokaler politischer Führer, die sich aus den oben genannten Kreisen rekrutieren. Aus diesem Sachverhalt leite ich die folgende These ab:

Der städtische Radikalismus ist ein Versuch nicht-institutionalisierter Einflußnahme breiter Bevölkerungsschichten auf die Stadtpolitik. Die legalen Kanäle und Institutionen der Interessenartikulation bleiben ihnen verschlossen, da die politische Willensbildung völlig auf die sozio-ökonomischen und politischen Interessen einer Gruppe von führenden Politikern und hohen Administratoren zugeschnitten ist.

Als primäre Machtressourcen werden Gewaltaktionen in urbanen politischen Auseinandersetzungen fast ausschließlich von den in einzelnen Regionen und Metropolen sehr starken extremistischen Parteien der Rechten und Linken eingesetzt. Dazu zählen kommunistische und maoistische Gruppierungen, die in Westbengalen (Calcutta) und Kerala regionale Schwerpunkte bilden, sowie in Nordindien die Rashtriya Svayamsevak Sangh (RSS), eine paramilitärische Basisorganisation des Jan Sangh. Die Rekrutierungsbasis des städtischen Radikalismus liegt jedoch nicht im Bereich der sozial Deklassierten (Migranten, Slumbewohner), sondern ist unter den gebildeten, mit hohen gesellschaftlichen Erwartungshaltungen ausgestatteten Mittelschichten und "white collar workers" zu suchen.

Ein Sonderproblem radikaler politischer Artikulationsformen stellen die Shiv Sena (in Greater Bombay) und die DMK (in Madras) dar - Bewegungen mit parteiorganisatorischer Struktur, die primär in urbanen Zentren populistisch und nativistisch orientierte Zielsetzungen durch gewaltsame Aktionen vertreten⁴⁰. Kombiniert mit den nativistischen Komponenten ihrer Forderungen artikulieren sie ökonomische Forderungen, die sich aus den ständig verschlechternden Lebensbedingungen und der sozio-psychologischen Situation von Agglomerationszentren ergeben. Zugewanderte Minoritäten aus anderen Regionalbereichen werden als Sündenböcke für die wirtschaftlich-sozialen und die daraus hervorgehenden politischen Systemdefizienzen stigmatisiert.

Die regionalistische Komponente dieser Bewegungen verliert an Bedeutung, wenn man die dahinter liegenden ökonomischen und sozialen Fragen näher analysiert. Aus der Sicht breiter Bevölkerungsschichten erscheint der starke Zulauf zur Shiv Sena und DMK plausibel, da diese Bewegungen mit ihrer "Programmaturik" die soziale, politische und wirtschaftliche Frustration und Probleme ansprechen, die eng mit den Existenzbedingungen der breiten Massen zusammenhängen und für diese primären Charakter besitzen. Dies zeigt sich vor allem darin, daß sich die radikalisierte Anhängerschaft der Shiv Sena und der DMK in großem Maße aus unterbezahlten Angestellten und Arbeitslosen, vielfach Jugendlichen, zusammensetzt - also sozialen Gruppen, die von den Distributions-

Macht und Einfluß in indischen Städten

mechanismen des herrschenden Systems ausgeschlossen sind. Aus agitatorischen Gründen wird die sozio-ökonomische Komponente von einer regionalistischen überlagert, um eine emotionalisierte politische Atmosphäre in der Stadt zu schaffen und um die verschiedenen divergenten und heterogenen, nicht zur städtischen Oberschicht zählenden Bevölkerungskreise gemeinsam mobilisieren zu können.

Die politische Partizipation der Bevölkerung

In den Municipal Corporations scheint sich kein einheitliches Bild der politischen Partizipation der Bürger zu ergeben. Peter B. Mayer unterscheidet zwischen einer "subject political culture" und einer "participant political culture". In der ersteren, die Mayer in den zentralindischen und nordindischen Städten vorherrschend sieht, ist die politische Partizipation der Bürger sehr gering. Zwar besteht ein gewisser Grad an politischer Information, jedoch partizipiert die städtische Bevölkerung nur durch ihr Wahlrecht. Bei einem Großteil der Bevölkerung herrscht die Meinung vor, auch durch politische Partizipation kommunales Entscheidungshandeln nicht beeinflussen zu können⁴¹. Ein weiteres Kennzeichen dieser "subject political culture" sieht Mayer in der Dominanz der kommunalen Politik durch eine zahlenmäßig kleine Elite und einer hochgradig personalisierten und faktionalisierten Politik⁴².

Eine "participant political culture" findet sich nach Mayer in sozio-kulturell heterogenen Zentren - vor allem in Küstengebieten - wo westliche moderne Einflüsse sich stark mit traditionellen mischten. Mayer konstatiert hier eine Renaissance traditionaler regionaler Kulturwerte als Folge der Vermischung westlicher und traditionaler Werte. Damit einher geht die Entstehung von Gegeneliten, die die Machtstellung der alten städtischen, pro-westlichen Eliten der Unabhängigkeitsbewegung herausfordern. Eine Begleiterscheinung des Aufstiegs von Gegeneliten ist eine starke Politisierung auf allen Gesellschaftsebenen. Eine "participant political culture" - wie sie Mayer in Tiruchirapalli fand und die seiner Meinung nach auch in Bombay, Madras und Calcutta vorhanden ist - läßt sich durch einen höheren Grad an politischer Information und Institutionalisierung charakterisieren⁴³.

Die These Mayers erscheint mir problematisch. Auch in einer "participant political culture" treten Hemmnisse auf, welcher der Partizipation an kommunalpolitischen Fragen a priori Schranken setzen. Dabei sei nur an vertikale Einflußmechanismen, die vorwiegend von sozio-ökonomischen Variablen determinierten Machtressourcen und das defiziente politische Institutionensystem des Municipal Government erinnert.

Städtische Metropolen in Ländern der Dritten Welt verzeichnen einen starken Migrantenzustrom. Gerade diese Migranten treten nicht als kommunalpolitische Partizipanten hervor. Die ländlichen Zuwanderer betrachten die Stadt in erster Linie als Möglichkeit, eine Beschäftigung zu finden. Auch als Städter pflegen sie immer noch starke Bindungen an ihre Heimatdörfer und geben ihre rurale Lebensweise nicht auf⁴⁴.

Partizipation ist auch eine Frage des Bildungsstandes. Es kann als sicher gelten, daß zwischen Bildung, politischem Informationsstand und politischer Partizipation eine Korrelation besteht. Analphabeten sind selten politisch gut informiert - und die Analphabetenrate der urbanen Bevölkerung in Indien ist hoch⁴⁵.

Jeder Schritt in der Bildungsleiter aufwärts bringt in der Folge ein höheres Potential an Partizipation⁴⁶. Aus diesem Grunde muß vor allem dem gebildeten städtischen Mittelstand ein relativ hohes Maß an Partizipationspotential zugeschrieben werden. Die Empirie zeigt jedoch in den Städten, die Mayer als Vertreter einer "participant political culture" vorstellt, daß sich die Partizipation des unteren Mittelstandes vielfach auf eine Radikalisierung beschränkt, die gerade nicht auf einen hohen Grad an politischer Institutionalisierung als Merkmal einer "participant political culture" hindeutet. Es fehlen legale Institutionen, in denen sich die Interessenartikulation der sozial minderbegünstigten städtischen Schichten kanalisieren könnte, so daß auch in Städten mit einer "participant political culture" die politische Partizipation auf die Form eines unreflektierten und undifferenzierten Radikalismus beschränkt ist. Daneben äußert sich kommunalpolitische Partizipation bestenfalls in individuellen Beschwerden, die an die Stadträte der einzelnen Wahlbezirke seitens der Wählerschaft herangetragen werden. Meist stehen dabei aber partikulare persönliche Interessen im Vordergrund⁴⁷.

Zusammenfassung

Die Machtstrukturen der Municipal Corporations Indiens werden beherrscht von einer Machtelite, die sowohl die eigentlichen politischen Institutionen der Städte im legislativen und exekutiven Bereich als auch die die Städte penetrierenden höheren politischen Ebenen okkupiert. Die Rekrutierungsbasis dieser Machtelite stellen hoher sozio-ökonomischer Status und große ökonomische Ressourcen dar.

Aufgrund der starken politischen Abhängigkeit der Municipal Corporations von den übergeordneten politischen Ebenen - die indische Stadt ist als "penetrated system" zu betrachten - werden die Bedeutung der lokalen Entscheidungsinhalte und die legal festgelegten Machtkompetenzen der gewählten städtischen Vertretungskörperschaften stark reduziert.

Die gewählten städtischen Repräsentanten versuchen sich dieser Macht- und Kompetenzverteilung, die vertikal zugunsten der höheren politischen Ebene strukturiert ist, zu widersetzen und entwickeln aufgrund unzureichender formaler Einflußkanäle für ihre Anliegen informelle und intransparente Praktiken zur Revidierung dieser Machtverhältnisse.

Derartige Möglichkeiten informellen Einflusses ergeben sich aus der sozio-ökonomischen Potenz der politischen Akteure, aus den Praktiken beim Machterwerb (Wahlkampf), interpersonalem Einfluß und Patronage, politischer Unterstützung durch höhere politische Ebenen, Agitation, aus kriminellen Aktivitäten wie Erpressung, Entführung sowie aus der spezifischen faktionalisierten und personalisierten Struktur der lokalen und regionalen Parteiorganisationen und der freiwilligen Vereinigungen.

Macht und Einfluß in indischen Städten

Die hier vertretene These, die die Macht- und Einflußstruktur in den Municipal Corporations durch informelle und intransparente Kanäle dominiert sieht, wird gestützt durch die wichtige Rolle, die der Radikalismus als Form politischer Artikulation in indischen Städten spielt. Hiermit wird dokumentiert, daß ein Defizit an legalen Kanälen der politischen Willensbildung im Bereich der Municipal Corporations besteht und politische Forderungen nur auf informellem Wege oder durch gewaltsame Aktionen artikuliert werden können.

Anmerkungen

- 1) Bezüglich des Municipal Government lassen sich in Indien folgende Regierungsformen unterscheiden:
 - City oder Municipal Corporations - Regierungsform der meisten Großstädte
 - Municipalities - Städte um 100 000 Einwohner
 - Town Areas - Kleine Städte in ländlichen Gebieten (ca. 10 000 Einwohner)
 - Notified Areas - Suburbs
 Harold F. Alderfer, *Local Government in Developing Countries*, New York 1964, S. 202. Ich beschränke mich in dieser Studie auf die Analyse der Machtstrukturen in Municipal Corporations.
- 2) Die wichtigsten Publikationen über den politisch-administrativen Aufbau indischer Municipal Corporations wurden im Literaturverzeichnis (I.) zu zusammengestellt.
- 3) Als KAVAL-Corporations bezeichnet man die Städte Kanpur, Allahabad, Varanasi, Agra, Lucknow.
- 4) Ali Ashraf, *The City Government of Calcutta - A Study of Inertia*, London, 1966, S. 8-15.
- 5) Die institutionelle Struktur der KAVAL-Corporations wird behandelt von Roderick Church, *Authority and Influence in Indian Municipal Politics - Administrators and Councillors in Lucknow*, in: *Asian Survey*, 13, 1973, S. 422 and Donald B. Rosenthal, *The Limited Elite, Politics and Government in two Indian Cities*, Chicago, 1970, S. 22-25.
- 6) Weitere Details über das institutionelle Gefüge indischer Municipal Corporations finden sich in der im Literaturverzeichnis aufgeführten Fachliteratur.
- 7) Sehr ausführlich wird die Stellung der Gemeinde im politischen Gesamtsystem Indiens bei Rodney William Jones, *Urban Politics in India - Area, Power and Politics in a Penetrated System*, New Delhi 1975, behandelt.
- 8) Empirische Belege für diese These finden sich bei Rosenthal, *The Limited Elite*, S. 47, 53, 66, 90, 250, 266, B. A. V. Sharma/R. T. Jangam, *The Bombay Municipal Corporation: An Election Study*, Bombay 1962, S. 54 und Robert G. Wirsing, *Strategies of Political Bargaining in Indian City Politics*, in: Donald B. Rosenthal, *The City in Indian Politics*, Fardidabad 1976, S. 194.
- 9) Donald B. Rosenthal, *The Limited Elite*, S. 61.
- 10) Robert G. Wirsing, *Strategies of Political Bargaining in Indian City Politics*, in: Donald B. Rosenthal (ed.), *The City in Indian Politics*, Faridabad 1976, S. 192-213.
- 11) Zur Erläuterung des Begriffs "primordiale Gruppen" s. Fußnote 36.
- 12) S. Ebda., S. 194 ff., 202; ferner Robi Chakravorti, *The Personality Factor in Local Politics*, in: *Economic and Political Weekly*, 17, June 26, 1965, S. 1027.

Macht und Einfluß in indischen Städten

- 13) s. Ebda. , S.198 ff.
- 14) s. Ebda. , S.204-206
- 15) s. Ebda. , S.208
- 16) Roderick Church, Authority and Influence in Indian Municipal Politics - Administrators and Councillors in Lucknow, in: Asian Survey 13, 1973, S.426.
- 17) s. Ebda. , S.428
- 18) s. Ebda. , S.428
- 19) Robert G. Wirsing, Strategies of Political Bargaining in Indian City Politics, in: Donald B. Rosenthal (ed.), The City in Indian Politics, Faridabad 1976, S.196.
- 20) s. Ebda. , S.201 f. ; Raymond Owens/Ashis Nandy, Organizational Growth and Organizational Participation: Voluntary Associations in a West Bengal City, in: Donald B. Rosenthal (ed.), The City in Indian Politics, Faridabad 1976, S.125-133; Robert G. Wirsing, Associational 'Micro-Arenas' in Indian Urban Politics, in: Asian Survey 13, 1973, S.411.
- 21) Donald B. Rosenthal, The Limited Elite, S.122; Ali Ashraf, The City Government of Calcutta, S.34.
- 22) Empirisches Datenmaterial zu diesem Fragenbereich liefern die Untersuchungen Rosenthals, The Limited Elite, S.106-108; Sheo Kumar Lals, The Urban Elite, S.34; Rodney William Jones', Urban Politics in India, S.157; and B. A. V. Sharma/R. T. Jangam, Leadership in Urban Government, Bombay 1972, S.
- 23) M. A. Muttalib, The Municipal Commissioner, in: Public Administration, 45, 1967, S.300; Donald B. Rosenthal, The Limited Elite, S.137.
- 24) Roderick Church, Authority and Influence in Indian Municipal Politics - Administrators and Councillors in Lucknow, in: Asian Survey 13, 1973, S.431.
- 25) Donald B. Rosenthal, The Limited Elite, S.154 f.
- 26) s. Ebda. , S.134; vgl. auch Marguerite Ross Barnett, Competition, Control and Dependency: Urban Politics in Madras City, in: Donald B. Rosenthal (ed.), The City in Indian Politics, Faridabad 1976, S.101; D. K. Vajpeyi, Municipal Corporations in Uttar Pradesh; Elected Representatives and Executive Officers - their Roles and Relationship, in: Journal of Administration Overseas, 5, 1966, S.245 f. ; James/Rao, Mayoralty in India: No Case for more Powers, in: Journal of Administration Overseas 1970/2, S.122.
- 27) Roderick Church, Authority and Influence in Indian Municipal Politics - Administrators and Councillors in Lucknow, in: Asian Survey, 13, 1973, S.432; D. K. Vajpeyi, Municipal Corporations in Uttar Pradesh; Elected Representatives and Executive Officer - their Role and Relationship, in: Journal of Administration Overseas, 5, 1966, S.247.
- 28) Herrscht zwischen Länderregierung und städtischer Regierung keine Parteiidentität, so versucht die Landesregierung durch die manipulative Anwendung

einer 'Supersession' und die nachfolgenden Neuwahlen die städtischen Machtstrukturen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

- 29) Rodney William Jones, *Urban Politics in India*, S. 70 ff.
- 30) Der Problembereich des Gewerkschaftseinflusses auf die Stadtpolitik wird ausführlich von Jones in seinem Buch "Urban Politics in India", S. 263-330 sowie in seinem bei Rosenthal (ed.), *The City in Indian Politics*, Faridabad 1976, veröffentlichten Aufsatz "Labour and Urban Politics in an Indian Princely Region", S. 68-94, behandelt.
- 31) Rosenthal, *The Limited Elite*, S. 110, 122; Robert G. Wirsing, *Associational "Micro-Arenas" in Indian Urban Politics*, in: *Asian Survey* 13, 1973, S. 411; Sheo Kumar Lal, *The Urban Elite*, Delhi 1974, S. 75.
- 32) Robert G. Wirsing, *Associational "Micro-Arenas" in Indian Urban Politics*, in: *Asian Survey* 13, 1973, S. 408-420.
- 33) Raymond Owens/Ashis Nandy, *Organizational Growth and Organizational Participation: Voluntary Associations in a West Bengal City*, in: Donald B. Rosenthal (ed.), *The City in Indian Politics*, Faridabad 1976, S. 127.
- 34) Robert G. Wirsing, *Associational "Micro-Arenas" in Indian Urban Politics*, in: *Asian Survey* 13, 1973, S. 412. Weitere empirische Daten finden sich bei Rosenthal, *The Limited Elite*, S.
- 35) Sheo Kumar Lal, *The Urban Elite*, Delhi 1974, S. 75.
- 36) Unter einer primordialen Gruppe versteht man eine gesellschaftliche Gruppe, die als Verwandtschaftsgruppe (Familie, Kaste, Clan) oder aufgrund gemeinsamer kultureller und ethnischer Bindungen wie Rasse, Sprache, regionale Herkunft, Religion, Sitte und Brauchtum eine hohe Gruppenkohäsion entwickelt und deren subnationale Loyalitätsbeziehungen nur eine bedingte Anerkennung gesamtgesellschaftlicher politischer Regelsysteme und Werte zulassen.
Vgl. die Ausführungen über primordiale Gruppen bei Clifford Geertz, *The Integrative Revolution - Primordial Sentiments and Civil Politics in the New States*, in: Clifford Geertz (ed.), *Old Societies and New States*, New York 1963, S. 105-157.
- 37) Robi Chakravorti, *The Personality Factor in Local Politics: A Study of the Calcutta Municipal Elections*, in: *Economic and Political Weekly* 17, June 26, 1965, S. 1027-1030.
- 38) Bashiruddin Ahmed, *Caste and Electoral Politics*, in: *Asian Survey* 10, 1970, S. 979 ff.
- 39) Donald B. Rosenthal, *Caste and Political Participation in two Indian Cities*, in: Rajni Kothari, *Caste in Indian Politics*, New Delhi 1970, und ders., *The Limited Elite*, S. 144.
Einen Emanzipationsprozeß unterer Kasten aufgrund eines ökonomischen Aufstiegs untersuchten Owens/Nandy am Beispiel der Mahisya-Kaste im bengalischen Howrah. Raymond Owens/Aashis Nandy, *Organizational Growth and Organizational Participation: Voluntary Associations in a West Bengal City*, in: Donald B. Rosenthal (ed.), *The City in Indian Politics*, Faridabad 1976, S. 117-138.

Macht und Einfluß in indischen Städten

- 40) Einen Einstieg in die recht umfangreiche Literatur über den Einfluß des Radikalismus auf die Kommunalpolitik bieten die im Literaturverzeichnis unter III, B aufgeführten Arbeiten.
- 41) Peter B. Mayer, Patterns of Urban Political Culture in India, in: Asian Survey 13, 1973, S. 405.
Zu ähnlichen Ergebnissen wie Mayer im Falle Jabalpur kommt R. Church in seiner Lucknow-Studie.
Roderick Church, Political Culture and Democratic Government in Urban India: The Case of Lucknow, in: Donald B. Rosenthal (ed.), The City in Indian Politics, Fardabad 1976, S. 218-220.
- 42) Peter B. Mayer, Patterns of Urban Political Culture in India, in: Asian Survey, 13, 1973, S. 401.
- 43) s. Ebda., S. 406
- 44) B. A. V. Sharma/R. T. Jangam, The Bombay Municipal Corporation, An Election Study, Bombay 1962, S. 136; Ali Ashraf, The City Government of Calcutta, S. 6.
- 45) Der Anteil der Analphabeten an der erwachsenen Bevölkerung Jodhpurs beträgt 51,7 %. Sheo Kumar Lal, The Urban Elite, New Delhi 1974, S. 32.
- 46) Roderick Church, Political Culture and Democratic Government in Urban India: The Case of Lucknow, in: Donald B. Rosenthal (ed.), The City in Indian Politics, Faridabad 1976, S. 222.
- 47) Henry C. Hart, Bombay Politics: Pluralism or Polarization, in: Journal of Administration Overseas, 1969/3, S. 184-196.

Literaturverzeichnis

I. Allgemeine Überblicke über den politisch-administrativen Aufbau der indischen Municipal Corporations

- Alderfer, Harold F. : Local Government in Developing Countries, New York 1964
- Argal, R. : Municipal Government in India, Allahabad 1967
- Ashraf, Ali: The City Government of Calcutta - A Study of Inertia, London 1966
- Avasthi, A. (ed.): Municipal Administration in India, London 1972
- Bhattacharya, Mohit: Management of Urban Government in India, Delhi 1976
- Bhattacharya, Mohit: Structure of Urban Local Government in India, in: Journal of Administration Overseas 7, April 1968, S. 351-357
- Bhattacharya, Mohit: Essays in Urban Government, Calcutta 1970
- Bhattacharya, Mohit u. a. : Government in Metropolitan Calcutta: A Manual, Calcutta Research Studies, New York 1965

- Chawla, V. N. : Studies in Local Self-Government in India, Jullundur 1967
- Das, R. B./Singh, D. P. (eds.): Deliberative and Executive Wings in Local Government, Lucknow 1968
- James, P. A. : Forms of Municipal Government in Andhra Pradesh, in: Journal of Administration Overseas 1969, S. 184-196
- James, P. A./Rao, M. : Mayoralty in India: No Case for More Powers, in: Journal of Administration Overseas 1970, S. 121-128
- Khanna, R. L. : Municipal Government and Administration in India, Chandigarh 1967
- Muttalib, M. A. a : The Municipal Commissioner, in: Public Administration 45, 1967, S. 287-305
- Palmer, Norman: The Indian Political System, Cambridge 1961
- Park, Richard L. : India's Political System, Englewood Cliffs 1967
- Singh, M. M. : Municipal Government in the Calcutta Metropolitan District, New York 1966
- Tinker, Hugh: Local Self-Government in India, Pakistan and Burma, London 1954
- Vajpeyi, Dhivendra Kumar: Municipal Corporations in Uttar Pradesh - Elected Representatives and Executive Officers - their Roles and Relationship, in: Journal of Administration Overseas 1966, S. 243-250
- II. Untersuchungen informeller Machtstrukturen in den indischen Municipal Corporations
- Bhagwan, Vishnoo: Municipal Government and Politics in Haryana, New Delhi 1974
- Church, Roderick: The Politics of Administration in Urban India: Citizens, Municipal Councillors and Routine Administration in Lucknow, Unpublished Ph. D. dissertation, Duke University 1972
- Jones, Rodney William: Urban Politics in India - Area Power and Policy in a Penetrated System, Delhi 1975
- Lal, Sheo Kumar: The Urban Elite, Delhi 1974
- Oldenburg, Philipp K. : Indian Urban Politics with Particular Reference to the Nagpur Corporation, Unpublished M. A. Thesis, University of Chicago 1967
- Oldenburg, Philipp K. : Big City Government in India: Councillor, Administrator and Citizen in Delhi, Unpublished Ph. D. dissertation, University of Chicago 1974
- Rosenthal, Donald B. (ed.): The City in Indian Politics, Faridabad 1976

Macht und Einfluß in indischen Städten

- Rosenthal, Donald B. : *The Limited Elite, Politics and Government in Two Indian Cities*, Chicago 1970
- Sharma, B. A. V./Jangam, R. T. : *Leadership in Urban Government*, Bombay 1972
- Vanderbok, William Glenn: *Decisiones and Nondecisiones: Elite Structures and Political Power in an Indian City*, Agra, Bloomington, Indiana University, Unpublished Ph.D. dissertation, 1969
- Wirsing, Robert G. : *Socialist Society and Free Enterprise Politics - A Study of the Urban Political Process in Nagpur, India*, Unpublished Ph.D. dissertation, University of Denver 1971

III. Abhandlungen zu Einzelfragen der informellen Machtstruktur indischer Municipal Corporations

A. Informelle Einflüsse der Councillors

- Chakravorti, Robi: *The Personality Factor in Local Politics: A Study of Calcutta Municipal Elections*, in: *Economic Weekly* 17, June 26, 1965, S. 1027-1030
- Church, Roderick: *Authority and Influence in Indian Municipal Politics - Administration and Councillors in Lucknow*, in: *Asian Survey* 13, 1973, S. 420-436
- Davies, Morton: *The Representative's Role in Indian Municipal Politics*, in: *Indian Journal of Public Administration* 21, 1975, S. 74-84
- Hinduja, I. M. : *Metropolitan City Councils in India*, in: *Economic Weekly*, 17, April 13, 1965, S. 589-591
- Rosenthal, Donald B. : *Deference and Friendship Patterns in Two Indian Municipal Councils*, in: *Social Forces* 1966
- Rosenthal, Donald B. : *Factions and Alliances in Indian City Politics*, in: *Midwest Journal of Political Science*, August 1966
- Ross Barnett, Marguerite: *Competition, Control and Dependency: Urban Politics in Madras City*, in: Donald B. Rosenthal (ed.), *The City in Indian Politics*, Faridabad 1976, S. 94-117
- Tyagi, A. R. : *Relationship between the Deliberative and Executive Wings in the Punjab Municipal Government*, in: *Quarterly Journal of the Local Self-Government Institute* 36, 1966, S. 343-352
- Wirsing, Robert G. : *Strategies of Political Bargaining in Indian City Politics*, in: Donald B. Rosenthal (ed.), *The City in Indian Politics*, Faridabad 1976, S. 192-213

Jürgen Rüländ

B. Radikalismus

- Addy, Premen/Azad, Ibne: Politics and Society in Bengal, in: Robin Blackburn (ed.), Explosion in a Subcontinent, Harmondsworth 1975, S. 79-151
- Blackburn, Robin (ed.): Explosion in a Subcontinent, Harmondsworth 1975
- Desai, Meghnad: India: Emerging Contradictions of Slow Capitalist Development, in: Robin Blackburn (ed.), Explosion in a Subcontinent, Harmondsworth 1975, S. 11-50
- Franda, Marcus: Radical Politics in West Bengal, Massachusetts 1971
- Joshi, Ram: The Shiv Sena: A Movement in Search of Legitimacy, in: Asian Survey 10, 1970, S. 966-978
- Katzenstein, Mary F.: Origins of Nativism: The Emergence of the Shiv Sena in Bombay, in: Asian Survey 13, 1973, S. 386-399
- Nathan, S. K. S.: The DMK and the Politics of Tamilnad, in: Economic and Political Weekly, 1967, 2, S. 2132 ff.
- Rudolph, Lloyd I.: Urban Life and Populist Radicalism, Dravidian Politics in Madras, in: Journal of Asian Studies 20, 1961, S. 283-297
- Shiva Sena Speaks, Official Statement
- Weiner, Myron: Violence and Politics in Calcutta, in: Journal of Asian Studies 20, 1961, S. 275-281
- Weiner, Myron: Urbanization and Political Protest, in: American Civilizations 17, 1967, S. 44-50

C. Primordiale Gruppen

- Ahmed, Bashiruddin: Caste and Electoral Politics, in: Asian Survey 10, 1970, S. 979-992
- Geertz, Clifford: The Integrative Revolution - Primordial Sentiments and Civil Politics in the New States, in: Clifford Geertz (ed.), Old Societies and New States, New York 1963, S. 105-157
- Kothari, Rajni: Caste in Indian Politics, New Delhi 1970
- Lynch, Owen: The Politics of Untouchability, New York 1969
- Rosenthal, Donald B.: Caste and Political Participation in Two Indian Cities, in: Rajni Kothari, Caste in Indian Politics, New Delhi 1970

Macht und Einfluß in indischen Städten

D. Freiwillige Vereinigungen / Interessengruppen / Gewerkschaften

- Jones, Rodney William: Labour and Urban Politics in an Indian Princely Region, in: Donald B. Rosenthal (ed.), The City in Indian Politics, Faridabad 1976, S. 68-94
- Owens, Raymond/Nandy, Ashis: Organizational Growth and Organizational Participation: Voluntary Associations in a West Bengal City, in: Donald B. Rosenthal (ed.), The City in Indian Politics, Faridabad 1976, S. 117-138
- Tysen, Frank J.: Interest Groups in Calcutta: Some Preliminary Notes, Campaign 1969
- Wirsing, Robert G.: Associational 'Micro-Arenas' in Indian Urban Politics, in: Asian Survey 13, 1973, S. 408-420

E. Politische Kultur / Politische Partizipation der städtischen Bevölkerung

- Church, Roderick: Political Culture and Democratic Government in Urban India: The Case of Lucknow, in: Donald B. Rosenthal (ed.), The City in Indian Politics, Faridabad 1976
- Inkeles, Alex: Participant Citizenship in Six Developing Countries, in: American Political Science Review 63, 1969, S. 1120-1141
- Mayer, Peter B.: Pattern of Urban Political Culture in India, in: Asian Survey, 13, 1973, S. 400-408
- Milbrath, Lester W.: Political Participation, Chicago 1965

F. Wahlen

- Sharma, B.A.V./Jangam, R.T.: The Bombay Municipal Corporation: An Election Study, Bombay 1962

G. Sonstiges

- Datta, Abhijit: Financing Municipal Services, in: The Indian Journal of Public Administration, 14, 1968, S. 555-567
- Desai, P.B.: Economy of Indian Cities, in: The Indian Journal of Public Administration 14, 1968, S. 450-456
- Norman, Robert T.: Urban Political Development in India, in: Donald B. Rosenthal (ed.), The City in Indian Politics, Faridabad 1976, S. 138-153
- Rao, M.U./Badhe, G.S.: Political Parties at Municipal Level, in: Journal of the University of Bombay 39, 1970, S. 250-267

Jürgen Rüländ

- Rosenthal, Donald B. : Administrative Politics in Two Indian Cities, in: Asian Survey 6, 1966
- Rosenthal, Donald B. : Deurbanization, Elite, Displacement and Political Change in India, in: Comparative Politics 2, 1970, S.169-201
- Rosenthal, Donald B. : Functions of Urban Political System, in: Terry N. Clark (ed.), Community Structure and Decision-making: Comparative Analysis, San Francisco 1968